

Schülentlassene Jugend in Not

Das Statistische Amt in Wiesbaden hat errechnet, daß in diesem Jahr insgesamt 721 000 Jugendliche die Schulen verlassen. 346 000 Schüler und Schülerinnen sind bereits in den Osterwochen ausgeschieden, zwischen Juli und September werden weitere 275 000 folgen. 100 000 Entlassungen kommen noch aus den mittleren und höheren Lehranstalten dazu.

Die kritische Lage auf dem Arbeitsmarkt dürfte also trotz der wärmeren Jahreszeit und dem Beginn der Beschäftigungsmöglichkeiten für saisonbedingte Berufe noch weiter andauern, wenn es der Bundesregierung nicht gelingen sollte, die schülentlassene Jugend möglichst schnell in den Arbeitsprozeß zu überführen. Besonders ernst zeichnet sich nach den statistischen Unterlagen die Situation der weiblichen Jugend ab, für die nur in bescheidenem Umfange Lehrstellen und Arbeitsplätze — für je fünf Mädchen mindestens ein Ausbildungs- oder Arbeitsplatz zur Verfügung — beschafft werden können.

Zuständige Beamte des Bundesarbeitsministeriums haben zwar gewisse Mutmaßungen in der Presse über den katastrophalen Mangel an Lehrstellen als unrichtig und übertrieben bezeichnet, verhehlten aber durchaus nicht, daß allein für die männliche Jugend mindestens 20 v. H. Arbeitsplätze bzw. Lehrstellen noch ausfindig gemacht werden müssen. Wir erinnern uns in diesem Zusammenhang eines

Berichtes des Bundestagsausschusses für Jugendfragen, der vor einigen Monaten den Prozentsatz arbeitsloser Jugendlicher, verglichen mit der Gesamtzahl der Arbeitslosen im Bundesgebiet, mit einem Drittel angab. Dabei hat sich in verschiedenen Berufszweigen bereits ein empfindlicher Nachwuchsmangel bemerkbar gemacht.

Bundesarbeitsminister Storch beabsichtigt, dem Kabinett möglichst bald einen Gesetzentwurf zur Berufsvorschulung der Jugend vorzulegen, um den Schülentlassenen ohne Lehrstellen zu ermöglichen, sich in Kursen auf bestimmte Berufe vorzubereiten. Die Dauer der Berufsvorschulung soll dann später auf die Lehrzeit angerechnet werden. Wenn auch diese Anregung in der Öffentlichkeit sehr optimistisch aufgenommen wurde, so hält das Bundesarbeitsministerium heute nicht mit der Befürchtung zurück, daß ein solcher Plan an den beschränkten Finanzierungsmöglichkeiten scheitern könnte.

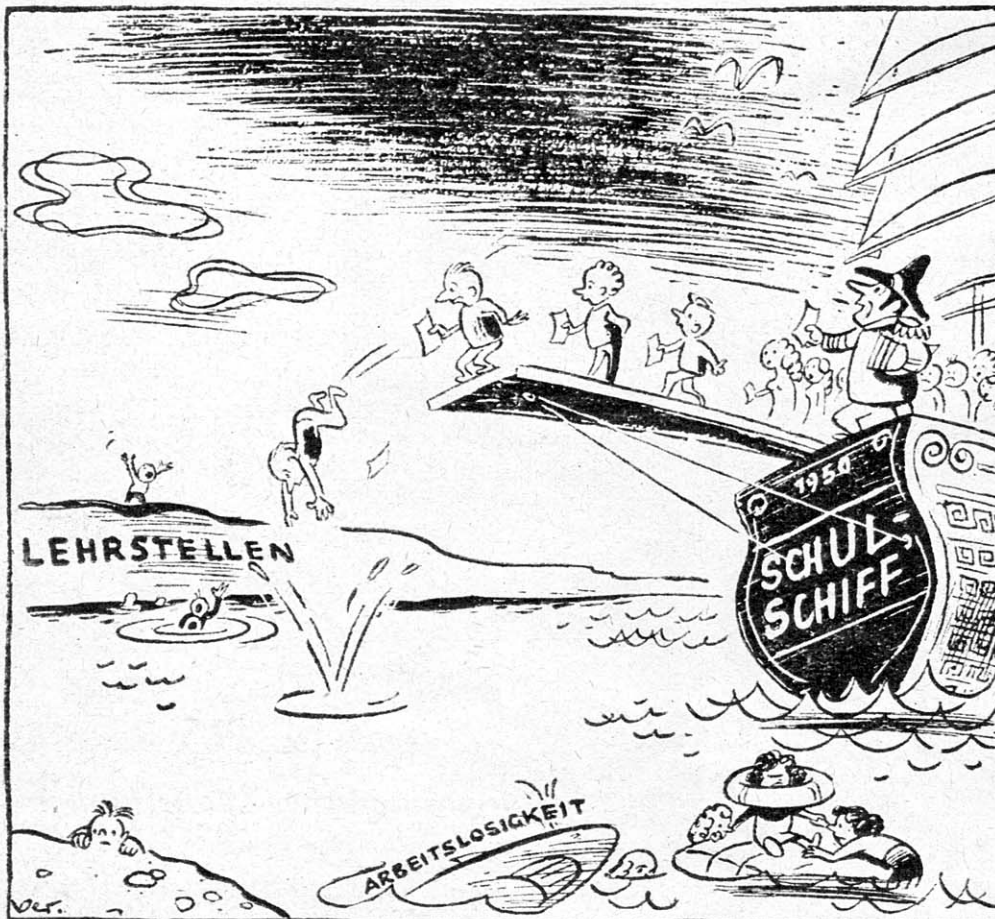
Man hat anscheinend in Bonn auch das Gefühl, daß mit solchen Maßnahmen allein das drohende Gespenst der Arbeitslosigkeit und der Verwahrlosung der Jugend nicht vertrieben werden kann. Die Frage, ob ein Arbeitsdienst der Ausweg aus dem augenblicklichen Dilemma sein könnte oder nicht, ist daher gerade in diesen Wochen wieder laut geworden. Während beispielsweise der Vorsitzende der Katholischen Arbeiterver-

eine, Landtagspräsident Gockeln (NRW), einen freiwilligen Arbeitsdienst befürwortete, erklärte der Bundesarbeitsminister Pressevertretern gegenüber, daß die dafür erforderlichen Mittel besser für Lehrlingswerkstätten, Jugendwohnheime und Arbeitsbeschaffung verwendet werden sollten.

In einem Aufruf „Jugend ohne Beruf — Volk ohne Zukunft!“ der u. a. vom Bundespräsidenten der Bundesregierung, Politikern, auch von Hans Böckler und führenden Industrievertretern unterschrieben wurde, wird darauf hingewiesen, daß durch eine beschäftigungslose Jugend der Wirtschaft unabsehbarer Schade erwachsen wird, wenn die in wenigen Jahren infolge der Überalterung vieler Berufszweige zu erwartenden Lücken durch gründliche Nachwuchsschulung nicht geschlossen werden können. Alle Ausbildungs- und Arbeitsmöglichkeiten für die Jugend

wer Glück hat, kommt an eine Lehrstelle

(Aus: Westdeutsche Allgemeine Zeitung)



DIE ARBEITSLOSEN

Vor dem Arbeitsamt sehe ich Menschen.

Eine lange Schlange Menschen.

*Doch ich dachte nur, es wären Menschen;
denn jüngst las ich, es wären keine.*

Nur Wirtschafterscheinungen waren sie, die dort stehen, las ich, alle.

*Sonst würde sie nicht so gehen, die Wirtschaft, für einige. Darum schreiben sie, es wären keine.
Aber vielleicht glauben sie es nicht, die dort stehen, und denken doch, sie wären Menschen.*

Kurt Schlichting

müßten daher ausgeschöpft werden, um eine volkswirtschaftlich, sozial und politisch verhängnisvolle Entwicklung abzuwenden. Die Bundesregierung, der Bundestag und der Bundesrat sowie alle unterzeichneten Verbände und Einrichtungen des öffentlichen Lebens versprechen in diesem Aufruf, daß alle ihnen zur Verfügung stehenden Mittel zur Überwindung der Berufsnot der Jugend eingesetzt werden. Es bleibt zu hoffen, daß die Vertreter der Arbeitgeberverbände und der Industrie ihr schriftlich gegebenes Versprechen auch mit der Tat einlösen. Wir werden sie zu gegebener Zeit daran erinnern.

Der Bundeskanzler hat vor dem Parlament und dem Volk angekündigt, alles zu tun, um durch ein Arbeitsbeschaffungsprogramm der erdrückenden Hypothek seiner Wirtschaftspolitik Herr zu werden. Im Interesse der Zukunft des Volkes wird er jetzt ohne weiteres Zögern alles einsetzen müssen, um einer bedrängten Jugend den Weg in das Elend — und damit auch in die Arme politischer Hasardeure zu ersparen.